

Judith Dellheim

An zentralen Konflikten und Herausforderungen vorbei:

Der Wim-Kok-Bericht

Drei Bemerkungen, vier Thesen, ein Fazit

Erste Bemerkung: Der Titel meines Beitrages „An ... zentralen Herausforderungen vorbei“ wurde vor Erscheinen des Berichts der Hochrangigen

Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok formuliert. Er ist also keine Reaktion auf die Überschrift des Kok-Reports „Die Herausforderungen annehmen“.

Die Erwartung, dass der Bericht an zentralen – von gesellschaftlicher Verantwortung aus gesehenen - Herausforderungen vorbeigeht, hat zum einen mit der Auseinandersetzung mit seinem Vorgänger zu tun, zum anderen mit dem Auftraggeber und dessen Aufgabenstellung.

Vor einem Jahr erschien auf Bitte des Europäischen Rats vom März 2003 der Report der Taskforce für Beschäftigung unter Leitung von Wim Kok „Jobs, Jobs, Jobs. Mehr Beschäftigung in Europa schaffen“. Der Anfang November 2004 vorgelegte 2. Wim-Kok-Bericht war vom Europäischen Rat im März 2004 erbeten. Selbstverständlich ist das eine Anerkennung für Wim Kok, dem man keineswegs eine Beschönigung der Situation oder unsolide Arbeit vorwerfen kann.

Die Krux ist das **Menschenbild, der Blick auf die Gesellschaft.**

Die Sachverständigengruppe sollte als unabhängige Instanz einen Beitrag zur Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon leisten und zugleich die Strategie umreißen, mit der „den europäischen Volkswirtschaften“ geholfen wird, die Ziele von Lissabon zu verwirklichen.

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 5)

Sie sollte nach einer kommunizierbaren Übersetzung der Lissabonstrategie und nach notwendigen Prioritäten für ihre Verwirklichung suchen.

Davon wurden dann Hauptaufgaben abgeleitet und praktische Empfehlungen an wirtschaftspolitische Akteure adressiert.

Die zweite Bemerkung soll an Lissabon 2000 zu erinnern:

Als unsere damaligen Regierungschefs zusammenkamen, waren sie mehrheitlich Sozialdemokraten, nicht selten erst kurz im Amte. Sie vereinbarten das realitätsferne strategische Ziel, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“ zu machen. (Europäischer Rat 2003:

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

In den Schlussfolgerungen von Lissabon wurde des weiteren betont: „Die Strategie soll die Union in die Lage versetzen, wieder die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und den regionalen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken. Der Europäische Rat muss in einer sich herausbildenden neuen Gesellschaft mit besseren individuellen Wahlmöglichkeiten für Frauen und Männer ein Ziel für Vollbeschäftigung in Europa setzen.“

(Europäischer Rat 2003:

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

Der Europäische Rat 2001 vereinbarte in Göteborg, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der verschiedenen Politiken zu prüfen und stärker auf nachhaltige Entwicklung zu orientieren.

Bei ihrer Kampfansage an die Hauptkonkurrenten hätten „unsere Regierungschefs“ zumindest dreierlei wissen müssen:

- wer die Konkurrenz gegen führende US-amerikanische und asiatische Unternehmen gewinnen will, kann gesellschaftlich notwendige Investitionen nicht tätigen,
- wer im globalen Konkurrenzkampf auf Wachstum setzt, kann keinen ökologischen Umbau einleiten,
- wer in diesem Konkurrenzkampf siegen will, mehrt und exportiert sowohl soziale als auch ökologische Probleme, spitzt menschheitliche Existenzfragen zu.

Seit dem Jahre 2000 ist die Wachstumslücke zu den USA und Teilen Asiens gewachsen.

Die Plankennziffern zur Beschäftigung für das Jahr 2005 werden bis auf das Soll für die Frauenerwerbstätigkeit nicht erfüllt. Mit der EU-Erweiterung sank die allgemeine

Beschäftigungsrate um 1,5%. Seit drei Jahren hat sich die Beschäftigungssituation von Jugendlichen generell verschlechtert.

Employment performance 2003

Beschäftigungsrate	Plan 2010	Plan 2005	EU15 2003	EU25 2003
Allgemein	70%	67%	64,3%	63,0%
Frauen	mehr als 60%	57%	56,0 %	55,0%
55-64Jährige	50%		41,7%	40,2%

(Nach Employment in Europe 2004: 10)

Ehrlich wird im Wim-Kok-Bericht 2004 angemerkt, dass die Steigerung der Beschäftigungsquote 2003 gegenüber 1999 nicht ausschließlich auf die Schaffung von Vollzeitarbeitsplätzen zurückgeht. Mehr noch: Die Beseitigung von Hemmnissen für die Schaffung von Niedriglohnarbeitsplätzen und eine Ausweitung von Zeitarbeit wird gewürdigt.

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 12)

In vielen EU-Mitgliedsländern und in der EU insgesamt hat sich die politische Achse seit März 2000 nach rechts verschoben. Das betrifft ebenfalls viele sozialdemokratische Parteien, was nur folgerichtig ist: Wer „Globalisierungsgewinne“ realisieren will, muss dem beschäftigungs-, sozial-, umwelt- und gesellschaftspolitisch Rechnung tragen. Nicht zuletzt außenpolitisch und militärisch, denn es geht um die Sicherung von Ressourcen und Märkten sowie um geostrategische Positionen.

Die dritte Bemerkung verweist darauf, dass der Wim-Kok-Bericht nicht die einzige Analyse und nicht der einzige Empfehlungskatalog für die Diskussion zur Lissabon-Strategie im März 2005 ist. Ende Oktober stellte die Europäische Kommission ihre EU-Wirtschaftsbilanz 2004 vor. Dieser ging der Business Plan for Modernising the European Economy voraus, der eine Revision der Lissabon-Ziele und eine klare Hierarchie der Prioritäten fordert.

Beide nehmen Bezug auf den Wim-Kok-Bericht 2003, der Diskussionsthema hochrangiger Konferenzen war.

Die Wim-Kok-Berichte sind also nicht irgendwelche Papiere, sondern wichtige Beiträge im Diskurs über den Umgang mit den Lissabon-Zielen, über die

Formulierung von Herausforderungen, politischen Prioritäten, Hauptaufgaben und Empfehlungen.

Linke Analyse und Kritik dieses Diskurses haben vor allem das ihn bestimmende Menschenbild, den Umgang mit globalen Problemen, die Folgen forciertes Konkurrenz und – selbstverständlich - alternative Ansätze zu thematisieren.

Vier Thesen zum Wim-Kok-Bericht 2004

These 1:

Geht die Vision am selbstbestimmten individuellen Leben in Würde vorbei, werden Herausforderungen formuliert, deren Annahme letztendlich soziale, ökologische und globale Probleme zuspitzt.

Die Hochrangige Sachverständigengruppe erklärt, dass es bei der Lissabon-Strategie darum gehe, „Europas Vision von dem zu verwirklichen, was es sein möchte und was es – im Lichte eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, einer alternden Bevölkerung und der Erweiterung – bewahren möchte.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 14) Folgerichtig werden in ihrem Bericht drei Herausforderungen benannt und behandelt: „der internationale Wettbewerb“, die alternde Bevölkerung und die Erweiterung der Union.

China als Konkurrent und Marktchance für Warenexporte, Indien als Konkurrent bei Dienstleistungsexporten, die USA als Wirtschaftsmacht, die ihre Spitzenposition in der Produktion und im Weltexport von Informations- und Kommunikationstechnologien und Hightech festigen, werden als die „externen Herausforderungen“ ausgemacht. Logisch geht es um wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen, Produktqualität und Lohnkosten. Und das Fazit lautet: „In einer globalen Wirtschaft hat Europa keine andere Wahl als das Niveau seiner Wissenswirtschaft und die Wirtschaftsleistung in diesem Bereich gewaltig zu steigern.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 15)

Wirtschaftliche Zielstellungen, die Verhältnisse „der Wirtschaft“ zur Gesellschaft und Umwelt werden nicht in Frage gestellt.

Sinkende Geburtenraten, schwindende Bevölkerungszahlen, wachsende Lebenserwartung und die niedrige Beschäftigung Älterer beeinträchtigen laut Bericht

das Wirtschaftswachstum, belasten die öffentlichen Finanzen, stellen die Finanzierung der europäischen Wohlfahrtssysteme zur Disposition.

Die Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft und vor allem ihre Hinwendung zu Kinderfreundlichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber Jugendlichen sind kein Thema.

Der Report konstatiert mit der EU-Erweiterung gewachsene Ungleichheiten und Probleme für den Zusammenhalt der Union. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Niedrige Löhne und Steuersätze ziehen Investitionen aus anderen Mitgliedsländern heran, was Spannungen mehrt.

Die Frage, welchen Beitrag Wirtschaft leisten muss, damit die Menschen in den alten und neuen Mitgliedsländern Gewinnerinnen und Gewinner der Erweiterung werden, ist kein Thema.

Ergo: Das Zusammenleben in der Gesellschaft bzw. in der Europäischen Union, ökologische Probleme, die Einheit Europas, die globalen Probleme sind nur marginale oder keine Punkte in einem Bericht, der mit „Die Herausforderungen annehmen“ überschrieben ist.

These 2

In der offiziellen Diskussion zu den Prioritäten der Lissabonstrategie wurde und wird zunehmend den Interessen der wirtschaftlich Mächtigen entsprochen. Die Lissabonstrategie selbst wird „verschlankt“.

Der Wim-Kok-Bericht 2004 kritisiert den Lissabonner Rat 2000 wegen überfrachteter Agenda und miteinander konfligierender Prioritäten. Die unbefriedigende Umsetzung gehe auf mangelhafte Koordinierung und vor allem auf mangelndes politisches Handeln zurück. Nach wie vor jedoch gelte, dass jedes einzelne Element zum Gesamterfolg beitrage. Ich zitiere: „Die Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung schafft die Voraussetzung für ... sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige Umweltentwicklung. Sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung können wiederum zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 6)

An keiner Stelle des Berichtes wird deutlich, welches Wachstum, welche Art Beschäftigung mit sozialer Kohärenz und nachhaltiger Umweltentwicklung verbunden und wie überhaupt sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung verstanden werden. Soziale Kohärenz wird im Bericht de facto an den Rand verwiesen und damit auch der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung.

„Wachstum und Beschäftigung“ sind hier also die Prioritäten für die Realisierung der Lissabonstrategie. Die „EU-Wirtschaftsbilanz“ sagt Beschäftigungswachstum und Produktivitätswachstum, wobei ersteres gegenüber dem zweiten keinerlei Vorrang haben dürfe. (EU-Wirtschaftsbilanz 2004: 2)

„Wachstum und Beschäftigung“ lässt zunächst einen solchen Vorrang zu.

Der Business Plan fokussiert einzig auf Konkurrenzfähigkeit der EU-europäischen Wirtschaft und erklärt dafür Investitionsflüsse aus dem Rest der Welt als entscheidenden Indikator. (Business Plan 2004: 2) Dem folgt Deutschlands Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, der am 8.11. sagte, dass an erster Stelle die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Union stünde vor zweitens Dynamisierung der Arbeitsmärkte und drittens Reformen der sozialen Sicherungssysteme. (A Social Europe 2004 02: 2)

These 3

Die Untersetzung der Prioritäten und Empfehlungen für politisches Handeln verwandeln de facto „Wachstum und Beschäftigung“ in „EU-Europas Konkurrenzfähigkeit steigern“, was die Position des Ökonomischen gegenüber dem Sozialen und Ökologischen weiter stärkt.

Der Wim-Kok-Bericht 2004 fordert ein ganzes Bündel miteinander verzahnter Initiativen und struktureller Veränderungen in fünf Politikbereichen, die durch gemeinsames Handeln aller Akteure zweifelsohne vorhandenes Potenzial freisetzen können. Vertraut klingt der Satz in staatssozialistisch geprägten Ohren:

„Die Realisierung unserer Ziele verlangt, dass wir alle an einem Strang ziehen.“
(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 6)

Die fünf Politikbereiche sind:

- Förderung der Wissensgesellschaft,
- Stärkung des Binnenmarktes,

- Das Wirtschaftsklima unternehmerfreundlicher machen,
- Ökoeffizienz erhöhen, was wesentlich enger als die Einleitung eines ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Zum als viertes genannten Politikfeld „Arbeitsmarkt“ – „Arbeitsmarkt“, nicht „Beschäftigung“ - zitiere ich: „Die Empfehlungen der europäischen Taskforce ‚Beschäftigung‘ (siehe Wim-Kok-Berichts 2003 – J.D.) rasch umsetzen, Strategien für lebenslanges Lernen und aktives Altern entwickeln und Partnerschaften für Wachstum und Beschäftigung unterstützen.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 7)

Die Taskforce hatte Beschäftigung und Produktivität als die beiden Prioritäten für den Erfolg der Lissabon-Strategie ausgemacht und vier Aufgaben herausgestellt, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen:

- die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und Unternehmen steigern,
- mehr Menschen für die Arbeitsmärkte mobilisieren,
- mehr und wirksamer in das Humankapital investieren,
- eine effektive Reformrealisierung durch besseres Regieren sichern.

(Taskforce 2003: 8)

Beschäftigung soll vor allem durch die Vergrößerung und qualitative Verbesserung des Angebots an Arbeitskraft erhöht werden! Es geht also nicht um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, geschweige denn von sinnvollen, also insbesondere existenzsichernden und ökologisch verantwortbaren.

Auf den beiden Haupt-Konferenzen zur EU-Beschäftigungspolitik unter niederländischer EU-Präsidentschaft¹ wurde als besondere Leistung des 1. Wim-Kok-Berichtes die Hervorhebung des „Angebots an Arbeitskraft“ herausgestellt.

(KASTRISSIANAKIS 2004: Beitrag am 25.10.2004)

Die Betonung des „Angebots von Arbeit“ ist mit zwei weiteren Orientierungen verbunden: Mit Forderungen gegenüber den Anbieterinnen und Anbietern und mit Forderungen gegenüber jenen, die mit der Ausbildung und Fitness-Reproduktion der Anbietenden sowie mit deren (Markt)Verhalten zu tun haben. Es geht folgerichtig wiederum um mehr Markt, Kosten und Lohnhöhen, um mehr Konkurrenz und Druck – einschließlich Repression - auf die einzelne und den einzelnen.

Der niederländische Minister für Soziales und Beschäftigung Aart Jan de Geus nannte vier Probleme zur Erhöhung des Arbeitsangebotes, die nicht nur von der

¹ „Mehr Menschen in Arbeit: Politische Strategien, um Europas Arbeitskräftepotenzial zu erschließen“ 25/26.10.2004 in Amsterdam, „Es ist Zeit, zu handeln“ 8/9.11.2004

hochrangig besetzten Konferenz vom Oktober² akzeptiert, sondern durch die Wim-Kok-Berichte gestützt werden:

- Arbeit, Privat- und Familienleben besser miteinander vereinbaren,
- Über die sozialen Sicherungssysteme die Arbeitsaufnahme und das Verbleiben in Arbeit wirksamer stimulieren,
- Beschäftigungsfähigkeit durch Humankapital-Investitionen und lebenslanges Lernen steigern,
- Berufliche und geographische Mobilität erhöhen. (DE GEUS 2004: Einladung zur Konferenz und Reden am 25/26.10.2004).

Das muss nicht per se schlecht sein. Die entscheidende Frage ist: Sollen dabei die sozialen, demokratische und kulturellen Rechte der Lohnabhängigen verteidigt und gestärkt werden oder nicht.

Diese Frage wird aber nicht gestellt, sondern reduziert auf das Problem der Anerkennung von erworbenen Qualifikationen und Anrechten auf Sozialleistungen.

These 4

Der Mensch wird immer stärker als Wirtschaftsfaktor gesehen und behandelt.

Im Wim-Kok-Bericht 2004 wird er „Wirtschaftsgut“ genannt. (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 38).

Seine Rechte und individuellen Reproduktionsbedingungen interessieren zunehmend in Abhängigkeit von seiner verwertbaren Leistung.

„Moderne und effiziente Sozialpolitik“ wird zuerst als Wachstumsfaktor und Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des europäischen Sozialmodells behandelt, soziale Integration als Mittel zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots. (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 37) In diesem Sinne wird zur Sozialpolitischen Agenda 2006-2010 diskutiert.

Ende Oktober 2004 gab es noch offiziellen Einwand gegen die Forderung des DIW-Präsidenten Klaus Zimmermann nach „europaweiten Quoten für permanente und temporäre Zuwanderung, ... die durch Einführung eines Punktesystems auf europäischer Ebene geregelt sein sollte. Dies sollte ein Instrument für das

² 25/26.10.2004

Selektieren von Immigranten entsprechend der demographischen und ökonomischen Bedürfnisse sein“.(ZIMMERMANN 2004: 112)

Im Wim-Kok-Bericht 2004 heißt es ganz selbstverständlich: „Auch wenn das Arbeitsmarktpotenzial in vollem Umfang ausgeschöpft wird, ist eine selektive Einwanderung aus Drittländern notwendig, um Lücken auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu schließen und die negativen Folgen des ‚Brain drain‘ teilweise auszugleichen.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: 40)

„Brain drain“ aus EU-Europa ist ein Problem, „brain drain“ aus dem Rest der Welt nicht!

Die Behandlung des Menschen als Wirtschaftsfaktor erleichtert es den Neoliberalen, konsistente politische Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Damit wird die ökonomistische Betrachtungsweise des Menschen weiter verstärkt. Zugleich werden die und der einzelne immer stärker mit Forderungen konfrontiert, ohne dass ihnen die Voraussetzungen gegeben werden, dass sie diesen Forderungen auch entsprechen können.

Ein Fazit, das den Beitrag von Dieter Klein stützt:

Hätte sich der Europäische Rat in Lissabon von der **Agenda 21**, die die Regierungen der EU-Mitgliedsländer einst unterschrieben, leiten lassen, hieße das strategische Ziel für die ersten 10 Jahre im 21. Jahrtausend: „Die Weichen auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit in den Mitgliedsländern und in der Europäischen Union stellen, ihren Beitrag für soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Europa und in der Welt erhöhen.“ „Weichenstellung“ meint, den strukturellen Problemen Rechnung tragen, auf Wunschlisten und „Crashkurse“ verzichten.

Kursnahme auf „soziale und ökologische Nachhaltigkeit“ bedeutet, sieben Herausforderungen annehmen:

- Armut und Ausgrenzung überwinden,
- Sinnvolle – also vor allem existenzsichernde und ökologisch verantwortbare - Arbeitsplätze erhalten und mehren,
- Soziale Sicherungssysteme solidarisch erneuern und tragfähig gestalten,
- Stoff- und Energieumsätze drastisch reduzieren,
- Der älter werdenden Gesellschaft entsprechen, sie kinder- und jugendfreundlich machen,

- Initiativen zur Milderung und Lösung globaler Problem ergreifen,
- Wirtschaft, Gesellschaft und internationale Beziehungen demokratisieren.

Für einzelne Vorschläge, wie dies schrittweise geschehen könne, ist in den Wim-Kok-Berichten durchaus Brauchbares zu finden. Benchmarking und best practice können sehr wohl genutzt werden, um in Einstiegsprojekte einzusteigen.

Literatur:

A Social Europe 02 2004: Priority: strengthen competitive position, 08/09. november 2004, Brussels

Business Plan 2004: A Business Plan for Modernising the European Economy, Speech of Siim Kallas, European Policy Centre, SPEE/04, Brussels

Employment in Europe 2004, Recent Trends and Prospects, European Commission, Brussels

Europäischer Rat 2003: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

EU-Wirtschaftsbilanz 2004: Ökonomische Grundlagen der Lissabon-Strategie, IP/04/1298, Brüssel

Hochrangige Sachverständigengruppe 2004: Die Herausforderungen annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel

KASTRISSIANAKIS, ANTONIN, 2004: Diskussionsbeitrag am 25.10.2004, eigene Aufzeichnungen, Amsterdam

Taskforce 2003: Jobs, Jobs, Jobs. Creating more employment in Europe. Report of the Employment Taskforce chaired by Wim Kok, Brussels

ZIMMERMANN, KLAUS, 2004: European Labour Mobility: Challenges and Potentials. In: More people at work, Amsterdam